

Sozial verantwortliche Energiepolitik

15. Oktober 2012

* Damit die Energiewende bezahlbar bleibt Erneuerbare fördern – Lasten gerecht verteilen

Energie wird teurer: Heizkosten und Benzinpreise steigen. Auch die Strompreise sind davon betroffen. Jeder wird diese zusätzlichen Belastungen spüren. Dabei ist gerade die Höhe der Strompreise auch eine Folge von politischen Entscheidungen: Die Bundesregierung hat in der Energiepolitik versagt. Für die jetzt ansteigenden Strompreise sind vor allem die politischen Versäumnisse von Schwarz-Gelb verantwortlich. Gerade einkommensschwache Haushalte leiden darunter.

Wir werden dafür sorgen, dass Energie für Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar bleibt. Dies gilt auch für Industrie, Mittelstand und Handwerk: Denn wir wollen, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben.

Potenziale Erneuerbarer Energien nutzen

In der aktuellen Diskussion um hohe Energiepreise wird zu selten herausgestellt, wie wirtschaftlich die Förderung der Erneuerbaren Energien im Vergleich zur fossilen Energieerzeugung tatsächlich ist: Anstatt langfristige Umweltschäden und hochgefährliche Abfälle zu produzieren, sparen wir so Kosten für den Import von Brennstoffen und werden weniger abhängig von schwankenden Rohstoffpreisen.

Denn die fossilen Energiequellen gehen zur Neige und werden immer teurer. Sie müssen in den nächsten 40 Jahren ersetzt werden. Zentrale Frage ist, was hätte es gekostet, wenn die Energiewende nicht in Gang gesetzt worden und alles beim Alten geblieben wäre? Auf dem Strommarkt wären allein Großkonzerne vertreten, wir wären den ständig steigenden Kosten für Öl, Gas, Kohle stärker ausgeliefert und die Umweltschäden würden zunehmen.

Die Energieversorgung der Zukunft: Sicher, bezahlbar und klimafreundlich

Bis zum Jahr 2050 wollen wir die Energieversorgung komplett auf Erneuerbare Energie umstellen. Sonne und Wind schicken keine Rechnung. Zukünftig werden die Erneuerbaren Energien dafür sorgen, dass unsere Stromrechnung niedriger wird. Neue Technologien kosten aber Geld. Mit der Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage) bezahlen wir diese technischen Innovationen. Denn die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif.

Warum steigt die EEG-Umlage?

Durch die Erfolgsgeschichte des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) stammt inzwischen fast ein Viertel unseres Stromes aus diesen erneuerbaren Quellen. Über die EEG-Umlage auf den Strompreis fördern wir alle Strom aus Erneuerbaren Energien (Grünstrom). Sie steigt in 2013 von derzeit 3,6 Cent pro Kilowattstunde auf rund 5,3 Cent. Neben der direkten Förderung von Grünstrom liegt aber mehr als die Hälfte der für die Bürgerinnen und Bürger durch die Umlage anfallenden Kosten in anderen Faktoren begründet:

Merkel und Co. haben im letzten Jahr die Anhebung der EEG-Umlage aus politischen Gründen einfach aufgeschoben. Das wirkt sich jetzt doppelt aus.

Denn die Erhöhung der EEG-Umlage geht am wenigsten auf ansteigende Förderung für die Erneuerbaren Energien zurück. Nur rund ein Drittel des gesamten Anstiegs von ca. 1,7 Cent geht direkt auf zusätzliche Förderkosten an Erneuerbare-Energie-Anlagen.

Der Zuwachs bei der Windkraft an Land wirkt sich kaum noch aus: Neu installierten Anlagen stehen ältere Windmühlen gegenüber, die jetzt eine geringere Vergütung bekommen.

Der Anstieg der Umlage geht damit zum größten Teil auf „Altlasten“ zurück, die Schwarz-Gelb bis heute vor sich hergeschoben oder mit der letzten EEG-Novelle neu eingeführt hat.

Die Höhe der EEG-Umlage berechnet sich zudem aus der Differenz zwischen Börsenpreis und Fördersatz. Nimmt die Erzeugung bei Erneuerbaren zu, sinkt der Börsenpreis, denn die Stromnachfrage steigt ja nicht. Mehr Erzeugung bei gleichbleibender Nachfrage führt also zu sinkenden Preisen. Damit steigt paradoxerweise die durch uns Verbraucher zu zahlende Umlage aus dem EEG. Allerdings müsste der übrige Strompreis entsprechend sinken. Soweit dadurch auf dem Strommarkt die Preise ohne EEG wegen mangelhaften Wettbewerbs nicht sinken, muss etwas geschehen, damit wir alle davon profitieren.

Lasten der Energiewende sind ungleich verteilt

Deutschland muss auch weiterhin ein attraktiver Standort für die Industrie bleiben. Deshalb ist es richtig, energieintensive Industrien zu entlasten, die im internationalen Wettbewerb stehen. Doch während Rot-Grün sich auf die stromintensiven Unternehmen beschränkt hat, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, wird sich ihre Zahl durch die letzte EEG-Novelle von Schwarz-Gelb auf 2000 erhöhen. Es werden sogar Straßenbahnbetriebe und Hersteller von Tierfutter begünstigt.

Viele Unternehmen zahlen aber nicht nur weniger EEG-Umlage und profitieren von geringeren Strompreisen an der Börse. Viele sind außerdem von Energie- und Stromsteuern, Netzentgelten und weiteren Abgaben überwiegend oder ganz befreit. So kommen pro Jahr ca. 9 Milliarden Euro Kosten zusammen, die private Haushalte über ihre Stromrechnung mitfinanzieren müssen oder die im Bundeshaushalt fehlen.

Politik muss gestalten – Energiekosten gerecht verteilen

Die Energiewende war und ist gesamtgesellschaftlich gewollt. Rot-Grün hat mit dem Atomausstieg und der Förderung der Erneuerbaren Energien die Grundlagen für eine moderne Volkswirtschaft geschaffen, die weniger von fossilen Energien abhängig ist. Inzwischen haben rund 380.000 Menschen Arbeit durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Unsere Industrie ist stark in der Entwicklung von Umwelttechnologien, mit denen wir in Deutschland klimafreundlich produzieren und die wir in alle Welt exportieren. Durch die Erneuerbaren selbst findet immer mehr Wertschöpfung bei uns im Inland statt. Viele Bürgerinnen und Bürgern investieren in die Erneuerbare Energien.

Allerdings rächt sich jetzt, dass für den Systemumbau zehn Jahre verloren gegangen sind. Denn CDU/CSU, FDP und die großen Energieversorger haben seit dem Beginn der Energiewende durch

Rot-Grün im Jahr 2000 auf eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken gedrängt und dabei den konsequenten Systemumbau hintertrieben. Schwarz-Gelb hat mit der Laufzeitverlängerung versucht, die verkrusteten Strukturen einer rückwärtsgerichteten Energieversorgung zu erhalten. Jetzt – nach dem erneuten Atomausstieg – zahlen wir für diese verlorenen Jahre und verschobene Kosten schlagen doppelt zu Buche.

Es sind also vor allem die eigenen Beschlüsse und die Flickschusterei von Schwarz-Gelb, die den Strom teuer machen! Zuletzt hat die Bundesregierung beschlossen, den Netzbetreibern das Haftungsrisiko abzunehmen, wenn es bei der Anbindung von Offshore-Windparks zu Verzögerungen kommt. Daraus folgende weitere Kosten sollen auch zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen. Und auf all das fällt zusätzlich Mehrwertsteuer an. Es ist auch nicht fair, Kosten für den jahrelang verschleppten Stromnetzausbau und mangelnde Unterhaltung dem nun bevorstehenden Um- aus Ausbau der Netze zuzurechnen.

SPD-Fraktion:

Energiewende sozial verantwortlich umsetzen

Der Umbau des Energiesystems hin zu einer Versorgung aus erneuerbaren Energien im Jahre 2050 ist eine große Herausforderung. Sie ist auch mit vielen Lernprozessen verbunden, auf die die Politik immer reagieren muss. Nur so wird Deutschland aber auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben und den steigenden Energiebedarf umweltverträglich decken können. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt daher folgende Maßnahmen vor:

- Wir bieten allen Parteien und Akteuren Konsensgespräche über die Gestaltung der Energiewende an. Ziel soll sein, den Umbau unserer Energieversorgung bezahlbar zu gestalten.
- Wir unterstützen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Auf diese Weise bleibt der Gewinn aus diesen Anlagen in der Region und vor Ort.
- Wir werden den Handel mit Grünstrom so ändern, dass der Strom besser vermarktet wird und Kosteneinsparungen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen.
- Bei den Erneuerbaren Energien brauchen wir ein besseres Verhältnis von Kosten zum Ertrag – ein Förderstopp oder gar die Abschaffung des EEG kommt für uns nicht in Frage!
- Die Begünstigung von Unternehmen bei Steuern und Umlagen wird begrenzt: wer nachweislich im internationalen Wettbewerb steht, ist zu entlasten. Im Gegenzug sollen die Betriebe aber deutlich mehr in Energieeffizienz investieren.

- Strom, der nicht gebraucht wird, spart Kosten: Wenn Strom teurer wird, der Verbrauch aber sinkt, bleibt die Stromrechnung gleich. Stromsparen und Energieeffizienz ist eine unserer besten Energie-Quellen.
- Die Energieberatung muss zu einem flächendeckenden und wirkungsvollen Instrument werden. Mikrokredite oder Zuschüsse für sehr sparsame Elektrogeräte können Familien mit geringem Einkommen helfen.
- Wer Energie verkauft, soll künftig Angebote zum Energiesparen und mehr Energieeffizienz machen. Dadurch senken wir unseren Verbrauch – Energieversorger werden zu Energiedienstleistern.